

# WIR BEWEGEN RAUNHEIM

SPD-Fraktion Raunheim

Michael Gluch Kelsterbacher Str. 24

Telefon 06142/22182

e-mail: michael.gluch@t-online.de

---

An die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadt Raunheim,  
Frau Heike Blaum

02.07.2015

## Antrag

### Konzept zum Ausbau und zur nachhaltigen Sicherung von öffentlichem Parkraum im Stadtgebiet

#### Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat der Stadt Raunheim wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich ein Konzept vorzulegen, das den Ausbau und die nachhaltige Sicherung von öffentlichem Parkraum im Stadtgebiet zum Ziel hat.  
Dabei sind vor allem folgende Aspekte zu prüfen/zu bearbeiten:
  - a) Prognose zur Inanspruchnahme von öffentlichem Parkraum unter Beachtung erkennbarer Entwicklungstendenzen (Zunahme der Pro-Kopf-Kfz.-Anmeldungen, Bevölkerungszunahme und Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes im Stadtgebiet)
  - b) Ermittlung des Verhältnisses zwischen gemeldeten/erforderlichen Stellplätzen und tatsächlich genutzten
  - c) Möglichkeiten der baulichen Erweiterung von öffentlichen Parkplätzen und privaten Stellplätzen insbesondere im Wohngebiet ‚An der Lache‘ sowie dem Ringstraßengebiet
  - d) Schaffung von ausgewiesenen Sonderparkzonen für Kleinlaster <3,5 t
  - e) Vorlegen von umfangreichen Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Anwohnerparkens
  - f) Überprüfen der Sinnhaftigkeit/Zulässigkeit der räumlichen Erweiterung der eingerichteten 24-Stunden-Parkzonen
2. Der Magistrat wird aufgefordert, regelmäßig über erreichte Ergebnisse im Zusammenhang mit der Erstellung des Konzeptes im Bauausschuss zu berichten.

Begründung:



Zu 1.:

Der Parkdruck im Stadtgebiet Raunheims nimmt in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Offenkundig hat die zunehmende Attraktivität unserer Stadt zu einer Bevölkerungszunahme geführt, die sich aufgrund der Siedlungsbeschränkungs Voraussetzungen nur im gewachsenen Stadtgebiet realisieren kann. Die damit verbundene Zunahme an Kraftfahrzeugen lässt sich bislang wohl nicht durch eine verstärkte Nutzung privater Stellplatzflächen kompensieren. Im Ergebnis steht daher eine Verknappung des öffentlichen Parkraumes.

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass sich dieses Problem nicht durch einzelne, vermutlich nur übergangsweise wirksame Maßnahmen lösen lässt. Raunheim war in den letzten Jahren besonders erfolgreich, wenn komplexere Problemstellungen konzeptorientiert angegangen wurden.

Wir gehen daher davon aus, dass auch im Hinblick auf die Parkthematik nur eine sorgfältige Analyse der Ausgangslage sowie ein darauf aufbauendes Maßnahmenbündel Abhilfe schaffen und eine verbesserte Situation dauerhaft sichern können.

Zu 1. a):

Um einschätzen zu können, ob der gegenwärtig feststellbare erhöhte Parkdruck unter den gegebenen Rahmenbedingungen dauerhaft anhalten wird, ist sorgfältig zu ermitteln, wodurch dieser entsteht. Hierbei sind bundesweite Entwicklungen genauso zu analysieren wie diejenigen, die sich aus möglichen Sondersituationen Raunheims ergeben könnten. Insbesondere die für die SPD-Fraktion nur bedingt nachvollziehbare fortwährende Zunahme der Wohnbevölkerung ist erklärlich zu machen.

Zu 1. b):

Im Stadtgebiet ist häufiger zu erkennen, dass private Stellplätze durch veränderte Nutzung (Garagen als Lagerstätte) oder Bequemlichkeit nicht als Parkfläche zur Verfügung stehen. Stattdessen wird öffentlicher Parkraum in Anspruch genommen. Die SPD-Fraktion erwartet vom Magistrat eine sorgfältige Überprüfung der Herstellung und tatsächlichen Nutzung verpflichtend einzurichtender Stellplatzflächen im Stadtgebiet. Sollten für die Ermittlung dieser Datengrundlage Kosten durch den Einsatz externen Personals erforderlich werden, sind diese hinreichend zu beziffern und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Zu 1. c):

Parkraumerweiterungen in der Ringstraßensiedlung:

Die in den 60'er/70'er-Jahren entstandene Ringstraßensiedlung wurde hinsichtlich des damals zu erwartenden Automobilaufkommens konzipiert. Die heutige Situation mit ihrer hohen Automobildichte entspricht dieser Planung bei Weitem nicht mehr, so

dass die Parkplatzsituation gerade im inneren Bereich der Ringstraßensiedlung sehr angespannt ist. Die vor einigen Jahren geschaffenen zusätzlichen Parkmöglichkeiten im Außenbereich der Ringstraße haben die Situation zwar entspannt, jedoch nicht vollständig beheben können. Als Folge sind gerade ältere oder gehbehinderte Menschen sowie junge Familien benachteiligt, die teils lange Laufzeiten vom Stellplatz bis zur Wohnung in Kauf nehmen müssen.

Ebenso gefährdet das vermehrte Parken in den Wendehämmern die Verkehrssicherheit bzw. erschwert Feuerwehr und Rettungsdiensten den reibungslosen Zugang.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass das z. T. erhebliche Flächenpotential in der Ringstraßensiedlung noch Erweiterungen des Parkflächenangebotes zulässt. Der Magistrat ist daher aufgefordert, Ausbaumöglichkeiten zusammen mit der GWH zu erörtern und das Ergebnis dieser Beratung in das Gesamtkonzept einfließen zu lassen.

#### Parkraumerweiterungen im Wohngebiet ‚An der Lache‘

Das Wohngebiet ‚An der Lache‘ ist Mitte der 90er Jahre unter der Annahme geplant worden, dass Wohnsiedlungen in Ballungsräumen in fußläufiger Nähe zu leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmitteln nur geringen Kfz.-Bedarf auslösen werden. Folglich wurden vergleichsweise geringe Stellplatzanforderungen formuliert und auch das öffentliche Parkraumangebot eingeschränkt geplant.

Die Realität hingegen zeigt, dass auch bei bester Anbindung an S-Bahn- und Buslinien die Tendenz zur Zunahme des Kfz-Bestandes festzustellen ist. Für Großstädte gilt das zwar nicht, in Kleinstädten und mittelgroßen Städten verhält es sich wie in Raunheim.

Der Planungsfehler der 90er Jahre muss nach Auffassung der SPD-Fraktion korrigiert werden. Dies geht in Anbetracht der räumlichen Situation nur durch Bereitstellung ergänzender Parkflächen in den Randbereichen des Wohngebietes. Der Magistrat ist aufgefordert, hierzu im Rahmen des Gesamtkonzeptes Vorschläge zu unterbreiten.

#### Zu 1. d):

Das veränderte Kaufverhalten hat dazu geführt, dass heute in erheblichem Umfang Anlieferung von im Internet bestellten Waren durch Kleinlaster erfolgt. Hinzu kommt, dass in Raunheim mit DPD ein wichtiger Player dieser Branche seinen Unternehmenssitz hat. Zahlreiche Raunheimer sind offensichtlich bei DPD und anderen Spediteuren dieses Marktsegmentes beschäftigt und stellen ihre Fahrzeuge im Umfeld ihrer Wohnungen ab. Trotz der grundsätzlichen Zulässigkeit des Parkens solcher Fahrzeuge im öffentlichen Raum kommt es immer wieder zu Behinderungen und Gefährdungen, weil die Fahrzeuge aufgrund ihrer Länge und Höhe in gekennzeichnete Parkfläche nicht hereinpassen oder in z. B. Kreuzungsbereichen anderen Verkehrsteilnehmern die Sicht rauben.

Der Magistrat soll daher prüfen, ob für solche Fahrzeuge Sonderparkzonen im Stadtgebiet eingerichtet werden können, die Störungen im öffentlichen Raum ausschließen.

#### Zu 1. e):

Immer wieder ist in Raunheim die Forderung zu hören, dass in Straßen mit hohem Parkdruck Anwohnerparken eingerichtet werden soll. Der SPD-Fraktion ist bekannt,

dass die Einrichtung solcher Sonderparkrechte vom Gesetzgeber an bestimmte Bedingungen geknüpft wurde.

Der Magistrat ist aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen für Anwohnerparken verständlich darzustellen und eine Realisierbarkeit von Anwohnerparkzonen in Raunheim sorgfältig zu prüfen.

Zu 1. f):

Vor mittlerweile über zehn Jahren wurden die sogenannten „24-Stunden-Parkzonen“ rund um den Bahnhof Raunheim eingerichtet. Mittlerweile hat es hierzu aus dem parlamentarischen Raum immer wieder Prüfaufträge gegeben, die auf eine räumliche Erweiterung der Zonen zielen. Bekanntermaßen hat die Rechtsprechung zur Einrichtung solcher Zonen in den letzten Jahren verschiedentlich Vorgaben gemacht. Der Magistrat ist aufgefordert, die aktuelle rechtliche Lage diesbezüglich verständlich darzustellen. Zudem ist seitens des Magistrates sorgfältig zu prüfen und zu begründen, ob ihm eine Erweiterung unter den aktuellen Bedingungen zulässig und sinnvoll erscheint.

Zu 2.:

Die Erstellung des seitens der SPD-Fraktion beantragten Konzeptes erscheint arbeitsaufwändig und wird daher nicht kurzfristig vorgelegt werden können. Umso wichtiger erscheint der SPD-Fraktion die regelmäßige Berichterstattung des Magistrats zu den verschiedenen Teilaspekten des abverlangten Konzeptrahmens. Die Beratung von Teilaspekten durch die Stadtverordnetenversammlung erleichtert zudem dem Magistrat die Zielbestimmung beim Erstellen konkreter Maßnahmenvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen



(Michael Gluch)